

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 20 Pf. Die Wilsdruffer Wochenblätter sind nach dem Inhalt des Wochenblattes für die Landwirtschaft, die Industrie, die Gewerbe, die Kunst, die Wissenschaften, die Literatur, die Musik, die Theater, die Sportarten, die Reisen, die Fremdenverkehr, die Landwirtschaft, die Industrie, die Gewerbe, die Kunst, die Wissenschaften, die Literatur, die Musik, die Theater, die Sportarten, die Reisen, die Fremdenverkehr.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 283. — 85. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach Dresden 2640 Sonnabend, den 4. Dezember 1926

Höhen und Tiefen.

Einige Jahre ist es jetzt schon her, als der Zentrumsführer Dr. Birtz, damals Reichsfinanzminister oder Reichsfinanzminister, in einer seiner temperamentvollen Reden von dem Zeitabschnitt des „Hochkapitalismus“ sprach, in den wir eingetreten seien. Er war wohl der erste, der dieses Wort prägte und damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf den unerhörten raschen Entwicklungsprozess hinlenkte, den die Ansammlung großer und größter Vermögen nach der Kriegsbeendigung eingeschlagen hatte.

Viele hatten, für Deutschland wenigstens, mit unserer Niederlage und den schweren politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen, die ihr folgten, so etwas wie das Ende des bisherigen Systems erwartet und seine Ablösung durch eine mehr oder weniger andersgestimmte Ordnung der Dinge. Statt dessen stürzten wir zwar zunächst in die ungeheure Geldentwertung der Inflationsjahre, jetzt, nachdem die Wiederherstellung der deutschen Währung eine neue Grundlage für wirtschaftsgemäßen Denken und Handeln geschaffen hat, steuern wir in eine wahre Hochflut von Kapitalanhäufungen hinein, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. In der Reichshauptstadt hat sich in diesen Tagen ein Warenhaus mit einem Schlage durch Ankauf anderer Häuser zum größten Unternehmen dieser Art auf dem ganzen europäischen Festland aufgeschwungen — was, wenn man an die ungleich ältere Geschichte solcher Unternehmungen in London und Paris denkt, wahrlich schon etwas besagen will. Fehlt es anderwärts auch in Handels- und Geschäftskreisen immer noch an den flüssigen Betriebsmitteln, die das tägliche Brot des rührigen Kaufmanns darstellen, so scheint hier, in diesem Mittelpunkt des Massenwarenumsatzes, die Sorge um das nötige Geld gar keine Rolle mehr zu spielen. Es wird zentralisiert, rationalisiert — mit den neuen Worten läßt sich diese Bewegung überhaupt nicht mehr fassen. Warenherzeugung und -verkauf werden so auf eine dreierlei Grundlage gestellt und damit verknüpft, und der Umsatz wird auf diese Weise auf eine früher ungeahnte Höhenziffer gesteigert, was natürlich wieder im ewigen Kreislauf der Dinge die gesamte Leistungsfähigkeit dieser Unternehmungen immer gewaltiger anwachsen läßt. Von den Trübsalbildungen in der Industrie war ja schon oft genug in den letzten Jahren zu berichten; sie greifen, wie man weiß, mehr und mehr über die nationalen Grenzen des Einzellandes hinaus und schiden sich an, zunächst im Umkreis von Europa eine Art von Weltgebäude aufzurichten, dessen Herren und Meister ein Maß von Verantwortung zu tragen haben, wie es bisher nur ganz großen Staatsmännern oder Seeräubern in den Schöck fallen konnte. Die Welt ver wandelt eben nach und nach ihr ganzes Aussehen.

Doch die Rehrseite der Medaille darf über den stolzen Ziffern, die sich da immer wieder aufstürzen, auch nicht vergessen werden. Da lesen wir, daß Krupp, noch vor wenigen Jahren eine der Hauptstärken des deutschen Industriegebietes, nach langem, zähem Widerstand gegen die Ungunst der Zeit wie gegen die in diesem Falle besonders widerwärtigen Nachwirkungen des Kriegesverlustes, nun auch unter die notleidenden Aktiengesellschaften geraten ist. Ein Darlehnsgehalt an das Reich in Höhe von zwanzig Millionen, von der Stadt Essen zu Zwecken des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit warm beklüwortet, ist abgelehnt worden; man will versuchen, auf andere Weise Hilfe zu bringen. Und der Begründer der Firma Gebrüder Sturm hat es sich gewiß auch nicht träumen lassen, daß seine oder die seinem Stammunternehmen späterhin angegliederten Werke einmal von Sanierung zu Sanierung würden schreiten müssen, weil die Lage der Stahlwerke, der Stahl- und Hammerwerke in Deutschland sich so sehr verschlechtert hat. Tag für Tag finden sich in den Handelsstellen der Blätter immer neue Mitteilungen von erheblichen Kapitalverlusten industrieller Unternehmungen, von Aktienzusammenlegungen, von Betriebsverkleinerungen, denen nur verhältnismäßig selten tröstlichere Nachrichten aus anderen Wirtschaftsgebieten gegenübersehen. Der englische Bergarbeiterstreik ist zu Ende gegangen, und schon schiden sich die britischen Grubenbesitzer an, mit aller Kraft das in den letzten Monaten verlorene Terrain im Zustand wie im Ausland wieder zurückzuerobern. Sie sind, wie sie erklären, zum „Kampf bis aufs Messer“ entschlossen, ehe sie vor den nichtenglischen Grubenbesitzern die Waffen nieder.

Der Krieg bis aufs Messer, der nun seit Jahren schon im Fernen Osten zwischen dem chinesischen Norden und dem ach so brüderlichen Süden um Kanton und Hongkong herum geführt wird, kann, wenn das Glück gut ist, in absehbarer Zeit aus einem sehr einseitigen Grunde doch endlich zum Abschluß kommen: weil nämlich dem Norden, oder richtiger gesagt der ihn vertretenden Zentralregierung in Peking, das Geld ausgegangen ist. Vollkommen und vollständig ausgegangen. So sehr, daß eben diese Regierung sich zur Niederlegung ihrer Ge-

walt veranlaßt oder genötigt sah. Sie stand dem nackten Staatsbankrott gegenüber und sah sich damit am Grabe aller ihrer Hoffnungen, ihrer kriegerischen Bemühungen. Ihre Generale freilich werden vielleicht trotzdem fortfahren, mit den Schwertern und mit den Säbeln über die sie noch verfügen, in der Luft herumzufucheln. Aber die nichternen Engländer fangen bereits an, mit den erfolgreichen südlichen Provinzen zu liebäugeln.

Was zu so gründlich geleerten Kassen sind die europäischen Mächte, wenn sie auch dauernd über schwere finanzielle Nöte zu klagen haben, doch noch nicht herabgesunken. Wenn es sich darum handelte, Krieg zu führen, einen kriechfröblichen, wie es früher so oft geheißen hat, so würde z. B. die polnische Regierung wieder unfehlbar neues Geld auf dem Grunde ihres Staatsfidejussums zu finden wissen. Auf ein bißchen mehr oder weniger Volksverarmung pflegt es ihr ja in solchen Fällen nicht weiter anzukommen. Und für andere Regierungen, die den Frieden immer im Munde führen, aber von Abrüstung nur bei anderen Ländern etwas wissen möchten, kann man sich leider auch nicht dafür ins Feuer legen, daß der Glaubenssatz „Nie wieder Krieg“ von ihnen jemals angenommen oder gar befolgt werden könnte.

Abreise der deutschen Delegation.

Berlin, Am Freitag abend 9,15 Uhr ist die deutsche Delegation unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann vom Anhalter Bahnhof nach Genf abgereist. Mit Dr. Stresemann führen Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Gauß und als Sekretär der Delegation Gefolgschaftsrat Redehammer.

Das Gesetz gegen Schmutz und Schund angenommen.

Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.) CB. Berlin, 3. Dezember. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzes gegen die Schund- und Schmutzschriften. Zuerst wurde ein kommunistischer Antrag auf Abschaffung der Tagesordnung gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Demokraten waren durch ihre Fraktionsführung noch vom Plenum ferngehalten.

Präsident Lohde schlug für die allgemeine Aussprache eine Redezeit von dreißig Minuten vor, für die Einzelberatung eine solche von zehn Minuten. Ein Antrag Schreck (Soz.), die Redezeit auf eine Stunde selbzuführen, wurde gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Kompromißantrag.

Der Schriftführer verlas darauf den Kompromißantrag, wonach das Reich im Einvernehmen mit den Landesregierungen verschiedene Reichspräsidenten einrichten soll.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte Aussetzung der Beratung um eine Stunde, damit die Fraktionen zu dem Antrag Stellung nehmen könnten. Gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten wurde der Antrag abgelehnt. Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) beantragte nunmehr, den Reichszentralrat herbeizurufen. Der Antrag wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Abg. Schreck (Soz.) verlangte auf die Verlesung des sozialdemokratischen Änderungsantrages, der nur eine Reichspräsidenten verlangt. Nachdem auch dieser Antrag verlesen war, wurde die allgemeine Aussprache eröffnet.

Stellungnahme der Parteien.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnete es als einen ungewöhnlichen und der Würde des Parlaments abträglichen Vorgang, daß hier über Anträge debattiert werden solle, die noch nicht einmal im Vorstadium der Abgeordneten vorlägen. Der demokratische Minister Kälig habe nach der Ablehnung des Kernstückes der Vorlage sie nicht zurückgezogen. Durch die Vorgänge der letzten Tage seien diese zu einer ausgesprochen parteipolitischen Angelegenheit geworden. Ein Teil der Regierungsmitglieder habe den Anschlag nach rechts geschickt und gefunden, unter der Führung eines demokratischen Ministers. Wenn man wie Minister Kälig vom Standpunkt des normalen Menschen ausginge, dann könne man Marx und Morly von Wilhelm Busch, Schillers „Räuber“, ja sogar das Alte Testament beichten. Nach seinem Verhalten in der Potsdam-Anglegenheit hätten die Sozialdemokraten zum Minister nicht mehr das nötige Vertrauen. Die Sozialdemokraten warteten vor diesem Gesetz und vor seinen politischen Folgen.

Der inzwischen gedruckt verteilte Kompromißantrag ist von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen, mit Ausnahme der Demokraten, unterzeichnet worden.

Von den Kommunisten ist folgender Mißtrauensantrag eingegangen: Der Reichsstaatsminister Dr. Kälig besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Abg. Dr. Rosenbaum (Komm.) wandte sich gegen den Innenminister. Wenn Lächerlichkeit in Deutschland töten würde, so wäre Dr. Kälig schon heute ein toter Mann.

Abg. Frau Dr. Wimmer (Dem.) erklärte, ihre Partei hätte nicht das Bedürfnis, in der dritten Lesung noch an der Generaldebatte teilzunehmen. Sie wollte nur einige Bemerkungen der Oppositionsredner zurückweisen. Es sei nicht zu leugnen, daß die Verbreitung guter Jugendschriften stark gehemmt werde durch das Massenangebot von Schundliteratur durch Kapitalisten der schmutzigen Art. Durch Annahme des vorliegenden Gesetzes werde diesen Kapitalisten ihr häßliches Gewerbe

Die engl.-französische Zusammenarbeit die Grundlage einer Verständigung.

Paris, 4. Dezember. Chamberlain empfing gestern abend die französischen und englischen Journalisten. Er legte zunächst die im Laufe seiner Unterredung mit dem französischen Außenminister erzielte Übereinstimmung über die auf der Genfer Tagesordnung stehenden Fragen fest. Chamberlain erinnerte daran, daß er, als er das letzte Mal in Paris war, Locarno als den Ausgangspunkt auf dem Wege des Friedens bezeichnet habe. Man dürfe aber nicht zu rasche Ergebnisse erwarten. Er sei noch immer derselben Ansicht, daß man auf dem eingeschlagenen Wege weiter schreiben müsse. Unverkennbar mache sich eine Entspannung geltend. Chamberlain erklärte, daß er den Einbruch habe, daß nach den heutigen Besprechungen und nach den Berliner Meldungen man zu einer Verständigung kommen werde; die Grundlage dieser Verständigung bilde die französisch-englische Zusammenarbeit. Um eine Entspannung in Europa zu erreichen, müßte zu den Beratungen die italienische Regierung hinzugezogen werden. Eine Konferenz der vier Mächte scheine ihm daher zweckmäßig. Ueber die Differenzen zwischen dem französischen und englischen Memorandum über die deutsche Abrüstung befragt, erklärte Chamberlain, daß wohl in verschiedenen Punkten die Meinungen zwischen Frankreich und England auseinandergingen, daß sich aber die beiden Regierungen sicher einigen würden. Zum Schluß sprach er die Hoffnung einer baldigen Klärung des Abeinlandes und eines baldigen Überganges der Militärkontrolle in Deutschland an den Völkerbund aus und bezeichnete diese beiden Aufgaben als die nächste Notwendigkeit auf dem Wege der Verständigung.

erschwert. Aber bei der jetzigen Gliederung der Prüfstellen liege die Gefahr vor, daß das Gesetz allein zu kulturkämpfenden Zwecken und zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit mißbraucht wird.

Damit schloß die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung beantragte Abg. Dr. Wewers (Soz.) eine Änderung dahingehend, daß Zeitungen und Zeitschriften ganz allgemein, nicht nur politische, vom Gesetz ausgenommen werden.

Die Abstimmung.

Abg. Hörnte (Komm.) trat nochmals für die Ablehnung der Vorlage ein. Der sozialdemokratische von Dr. Wewers begründete Änderungsantrag zum § 1 wurde gegen die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wurde § 1 in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 158 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die meisten Demokraten.

§§ 2 und 3, die in der zweiten Beratung abgelehnt worden sind, will der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, in der Form wiederherstellen, daß die Prüfstellen vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den Landesregierungen nach Bedarf errichtet werden. Ihre Entscheidungen sollen für das ganze Reich Gültigkeit haben. Zur Entscheidung über Einsprüche und Beschwerden soll eine Oberprüfstelle in Leipzig gebildet werden. Die Prüfstelle besteht aus einem beamteten Vorsitzenden und acht Sachverständigen aus den Kreisen der Kunst und der Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendwohlfahrt und der Jugendorganisationen, der Lehrerschaft und der Volkshilfsorganisationen. Der Reichsminister soll nach dem Rat der Ernennung der Sachverständigen der Vertreter der Kirchen berufsständigen. Zur Übermittlung von mindestens sechs Mitgliedern darf eine Schrift auf die Verbotstafel gesetzt werden. Der Oberprüfstelle gehören außer dem Vorsitzenden und dem Sachverständigen noch sechs vom Reichsrat gewählte Mitglieder an. Sämtliche Änderungsanträge der Sozialdemokraten wurden nach kurzer Debatte abgelehnt.

§ 2 wurde in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 146 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen der Demokraten in der Fassung des Kompromißantrages angenommen. Beim § 3, der die Zusammensetzung der Prüfstelle regelt, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die besondere Berücksichtigung der Kirchenvertreter streichen will, in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 163 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. § 3 wurde dann in der Kompromißfassung angenommen.

Zum § 4, der das Verfahren bei den Prüfstellen festlegt, beantragten die Sozialdemokraten Streichung der Bestimmung, daß bei geschäftlichen Anpreisungen auf ein schwebendes oder abgeschlossenes Verbotverfahren hingewiesen werden darf. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 151 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. § 4 selbst in der Fassung der zweiten Lesung gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Gegen dieselbe Minderheit wurde auch § 5 über Kosten des Verfahrens angenommen. Zum § 6, der die Strafen enthält, führte Frau Abg. Wimm-Düffel (Komm.) aus, die Milderung dieses Gesetzes verdient selbst Gefängnisstrafe. Unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge wurden auch die §§ 6 und 7 mit den Ausführungsbestimmungen angenommen.

Vor der Schlußabstimmung gab Abg. Dr. David (Soz.) eine Erklärung seiner Fraktion ab, worin noch einmal die Gründe angeführt werden, weshalb die Partei gegen das